



In der Ukraine hat sich aus anfänglich sozialen und politischen Protesten mittlerweile eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen ukrainischen Truppen mit westlicher Rückendeckung und Aufständischen mit russischer Unterstützung entwickelt. Die Angaben zur Zahl der getöteten Kämpfer und Zivilisten liegen zwischen ca. 6.000 und 50.000.

Das schon vor dem Krieg schwache ukrainische Gesundheitssystem kann wegen fehlendem Personal und Materialmangel weder die lokale Bevölkerung und die Verwundeten noch die vom UNHCR inzwischen auf 1,1 Millionen geschätzten Binnenflüchtlinge angemessen versorgen. Die Situation ist insbesondere in der Ostukraine katastrophal. In den von Separatisten kontrollierten Gebieten leidet die Bevölkerung besonders, unter anderem da Sozialleistungen der ukrainischen Zentralregierung eingestellt wurden und nicht adäquat durch die lokalen Behörden ersetzt werden können. Die Zahl der ins Ausland geflohenen Menschen wird vom UNHCR auf 675.000 geschätzt, von ihnen sollen 540.000 nach Russland und 80.000 nach Weißrussland geflohen sein.

Neutrale internationale Hilfe und ein sofortiger Stopp aller Kampfhandlungen sind dringend notwendig. Alle diplomatischen Anstrengungen müssen unterstützt werden, um Waffenstillstände als Grundlage von Friedensverhandlungen zu erreichen. Waffenstillstände bereiten den Boden für politische Prozesse und für einen gewaltfreien, fairen Ausgleich legitimer Interessen. Dass sie oft nicht sofort zufriedenstellend umgesetzt werden, ist aus vielen Kriegen bekannt und darf nicht benutzt werden, um den Verhandlungsweg zu diskreditieren.



SLOWJANSK IN DER OBLAST DONEZK
IM OSTEN DER UKRAINE

© Oleksandr Maksymenko

Die deutsche IPPNW ist sehr besorgt über die internationale Dimension des Krieges und die Konfrontation der Atomwaffenmächte Russland und NATO. Statt strikter Deeskalation setzen derzeit beide Seiten auf militärische Drohgebärden und heizen den Krieg in der Ukraine weiter an, z.B. durch Kriegspropaganda, Manöver mit atomwaffenfähigen Systemen rund um das Baltikum, im Schwarzen Meer und in der Arktis, Waffenlieferungen an beide Konfliktparteien in der Ukraine sowie deren militärische Beratung. Hinzu kommt die völkerrechtlich umstrittene Abspaltung der Krim und deren Integration in die Russische Föderation. Die Stationierung von

US-Truppen in Osteuropa und provokative Militärparaden direkt an der russischen Grenze, geplante Beschlüsse zum Aufbau von sechs neuen Stützpunkten in den östlichen NATO-Ländern Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Bulgarien sowie Vereinbarungen zur Raketenabwehr in Polen und Rumänien, die Aufstellung einer schnellen Osteuropa-Eingreiftruppe unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands sind nur einige der Provokationen, die dabei von der NATO ausgehen. Besonders bedrohlich wird diese gegenseitige Kräftedemonstration durch die sehr reale Gefahr einer beabsichtigten oder versehentlichen nuklearen Eskalation. Bis zum heutigen Tag stehen auf Seiten der

Ukraine: Frieden in Europa nur mit Russland

USA und Russlands insgesamt geschätzte 2.000 strategische Atomwaffen in höchster Alarmbereitschaft. Sie könnten binnen Minuten zum Einsatz kommen und eine globale Katastrophe auslösen.

Im Januar 2015 hat das Bulletin of the Atomic Scientists die aktuelle Weltlage als so bedrohlich eingeschätzt wie zuletzt 1984 und seine „Weltuntergangsuhr“ von fünf auf drei Minuten vor Zwölf gestellt. Damals hatten die Beziehungen zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion einen Tiefpunkt erreicht. Die Erklärung der IPPNW von damals gilt auch heute noch: **Nach dem Einsatz von Atomwaffen können Ärztinnen und Ärzte nicht helfen!**

Die katastrophalen humanitären Konsequenzen eines Atomwaffeneinsatzes wurden erst im Dezember 2014 auf einer Staatenkonferenz in Wien erneut aufgezeigt und durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz / Roten Halbmond eindringlich betont. Der Einsatz von Atomwaffen durch die USA oder Russland würde das Überleben der gesamten Menschheit in Gefahr bringen.

Außerdem muss auf die oft unterschätzte Gefahr eines schweren Reaktorunglücks in einem der 15 Atomkraftwerke des Landes durch die anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen hingewiesen werden. Das Atomkraftwerk Saporischschja mit insgesamt sechs Reaktoren befindet sich gerade einmal 250 Kilometer von Donezk ent-



FRIEDENSGLOBUS AUF DEM UNABHÄNGIGKEITSPLATZ IN KIEW

fernt. Schon ein Militärschlag gegen eine einzelne Anlage hätte schwerwiegende Folgen für Menschen und Umwelt.

Neue Rüstungsspirale

Die Auswirkungen der Ukraine-Krise beeinflussen sowohl die internationalen Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle als auch die Grundpfeiler der europäischen Sicherheitsstruktur in Europa. Dazu gehören u.a. die NATO-Russland-Grundakte, die eine Vereinbarung enthält, keine Atomwaffen in neuen NATO-Mitgliedsländern zu stationieren, der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), den Russland kürzlich ausgesetzt hat, und der Vertrag

über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag), der die Produktion, den Besitz und die Erprobung bodengestützter Atomraketen mit Reichweiten von 500 bis 5.500 Kilometern verbietet.

Tatsächlich gibt es zwischen Russland und den USA schon seit 2010 keine Abrüstungsgespräche mehr. Sowohl die NATO als auch Russland investieren stattdessen Milliarden in die Modernisierung ihrer nuklearen Arsenale. Das betrifft auch die US-Atombomben des Typs B61, die auf dem deutschen Fliegerhorst in Büchel gelagert werden und im Kriegsfall von deutschen Kampffliegerpiloten abgeworfen werden sollen. Der vom Bundestag beschlossene Wunsch nach einem Abzug dieser Atombomben wird laut Außenminister Steinmeier wegen der Krise in der Ukraine nicht mehr verfolgt. Zudem kündigten die NATO-Staaten 2014 auf ihrer Tagung in Wales an, ihre Rüstungsetats in den kommenden Jahren konsequent zu erhöhen. Und auch Russland gibt Rekordsummen für die Modernisierung seines Militärs aus. Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Ukraine ist jede Aufrüstung als eskalierende Drohung zu verstehen.

Derweil berichten russische Medien, dass eine neue Generation von seegestützten Marschflugkörpern in Bau sei, die eine Reichweite von über 1.500 Kilometern haben. Da diese auf Schiffen stationiert seien, würden sie nicht unter die Regelungen des INF-Vertrags fallen. Aus russischer Sicht ist dies eine Antwort auf die

Kriegsdienstverweigerer unterstützen

Eine wichtige Aufgabe der deutschen und internationalen Friedensbewegung könnte die Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern auf beiden Seiten sein. Die neue Regierung in Kiew führte vor kurzem den obligatorischen Militärdienst wieder ein und organisierte schon vier aufeinanderfolgende Mobilmachungen. Und auch die Separatisten im Osten führen Mobilmachungen durch. Es gab und gibt aber in der Ukraine einen intensiven Widerstand gegen den Kriegsdienst.

Mehrere tausend Menschen sabotieren die Einberufung, organisieren Protestkundgebungen – manchmal mit der Teilnahme der ganzen Bevölkerung eines Dorfes – oder Blockaden. Es gibt auch Desertationen aus den Kriegszonen. Die GegnerInnen des Kriegsdienstes und der Mobilmachung sind Repressionen aus-

gesetzt. In der Zone, die von der Kiewer Regierung kontrolliert ist, gab es bereits Fälle von Gefängnisstrafen für Kriegsdienstverweigerer oder Menschen, die sich gegen die Mobilmachung einsetzen. Dutzende weitere Strafverfahren laufen bereits.

Es wäre sinnvoll, den ukrainischen Kriegsverweigerern Hilfe zu leisten und sie zu unterstützen. Aber auch die Situation der KriegsgegnerInnen in den von den Aufständischen kontrollierten Gebieten ist zu berücksichtigen: Es gab bereits Informationen über Druck und Bedrohungen gegen sie.

Dr. Vadim Damier, Sozial- und Politikwissenschaftler in der Russländischen Akademie der Wissenschaften

Bedrohung von Seiten der NATO. Unabhängig davon, ob sich diese Berichte tatsächlich bestätigen, zeigt sich derzeit eine neue Runde und eine neue Qualität des Wettrüstens.

Das Haus Europa braucht Kooperation.

Die IPPNW begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung, diplomatische Initiativen zur Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen zu fördern. Im Gegensatz dazu lehnen wir Sanktionen ab und befürworten deren Aussetzung. Das Minsker Abkommen, zu dem die Bundesregierung beigetragen hat, sehen wir als Chance, einer friedlichen Lösung im Ukraine-Konflikt näher zu kommen und das Blutvergießen zu beenden.

Die US-Pläne, eine Raketenabwehr in Europa aufzubauen sowie die stete Osterweiterung von NATO und EU haben entscheidend dazu beigetragen, in Russland berechtigtes Misstrauen gegenüber den Intentionen des westlichen Bündnisses entstehen zu lassen. Darüber hinaus gibt es aus russischer Sicht eine militärische Schiefelage, da USA und NATO konventionell besser gerüstet sind und mit ihrem Potential, Waffen sofort und weltweit einzusetzen, deutlich mehr Interventionsoptionen haben als Russland.

Sicherheit und Frieden in Europa gibt es nur mit, aber nicht gegen Russland. Alle Staaten in Europa, inklusive Russland, haben ein legitimes Bedürfnis nach Sicherheit. Wir sollten den Grundgedanken von Michail Gorbatschow und Egon Bahr wieder aufnehmen, dass wir alle in einem gemeinsamen europäischen Haus leben und daher eine gemeinsame Sicherheit brauchen.

Die NATO muss Russland gegenüber klarmachen, dass sie das Land weder bedrängen noch umzingeln will und entsprechende Schritte rückgängig machen. Die Osterweiterung der NATO, die Interventionen und Truppenstationierungen von NATO-Staaten im Balkan, in Zentralasien und im Nahen Osten lehnen wir aus friedenspolitischer Sicht ab. Auch wenn der Weg der Verständigung nicht leicht zu gehen sein wird, ist er der einzige, der zu einem wirklichen Frieden führen kann. Eine militärische Lösung der Auseinandersetzung zwischen der NATO und Russland oder des Konflikts in der Ukraine kann es nicht geben.

Friedenspolitische Forderungen der IPPNW

» Wir appellieren an alle Seiten, jegliche militärische Maßnahmen sofort zu beenden, seien es Waffenlieferungen, militärische Beratung, Eskalation durch Militärmanöver und Aufrüstung.

» Die deutsche Regierung muss ihren Einfluss auf die nationalen und internationalen Konfliktparteien ausüben, um sie zu ernstgemeinten Verhandlungen und Vertrauen schaffenden Maßnahmen zu bewegen.

» Wir fordern eine Abkehr von der Sanktionspolitik, die zu einer Verhärtung auf politischer Ebene und zu einer Belastung der Bevölkerung in Russland und in der EU führt.

» Die ukrainische Gesellschaft muss die Freiheit haben, partnerschaftliche Wirtschaftsbeziehungen mit allen von ihr gewünschten Staaten anzustreben. Diese sollten dem Wohlstand der gesamten Bevölkerung dienen, nicht nur einzelnen Gruppen, Schichten oder Regionen. Eine politische und militärische Neutralität der Ukraine wäre unserer Meinung nach die geeignetste Lösung angesichts der aktuellen Konfrontation.

» Wir fordern die Einhaltung der beschlossenen Waffenstillstände von Minsk, deren Überprüfung gewährleistet werden sollte. Durch Rückschläge bei der Umsetzung der Waffenstillstände dürfen weitere Verhandlungen nicht unterlaufen werden.

» Für jene Menschen, die sich durch politisches Engagement, Behinderung der Rekrutierung und Desertion dem Krieg widersetzen oder entziehen, fordern wir die unbürokratische Aufnahme und Anerkennung als politisch Verfolgte.

» Wir setzen uns für eine sofortige humanitäre Hilfe durch das Internationale

Rote Kreuz und die UNO-Flüchtlingshilfe UNHCR ein und fordern alle Konfliktparteien auf, diese Hilfe zu ermöglichen, um die katastrophale Lage vor allem in der Ostukraine zu lindern.

» Die Zivilgesellschaft muss sich ungehindert und selbstbestimmt entwickeln können. Friedensschaffende und friedenssichernde Projekte wie die Unterstützung von Kriegsdienstverweigerung, Versöhnungsarbeit und die Bearbeitung gesellschaftlicher Radikalisierung – z.B. durch überhöhten Nationalismus oder Kriegserlebnisse – sollten unterstützt werden.

» Wir fordern alle dazu auf, sich an regionalen und internationalen Kampagnen wie der Social-Media-Kampagne „We refuse to be enemies“ zu beteiligen.

» Wir fordern eine umfassende Berichterstattung, die Fakten nicht einseitig auswählt. Dies gilt sowohl für die deutschen als auch für die internationalen Medien auf allen Seiten. Verschiedene Positionen und Perspektiven müssen zu Gehör kommen, ernst genommen und nicht diskreditiert werden.

» Wir rufen alle friedensbewegten Menschen auf, an den Demonstrationen zum Tag der Befreiung vom 8.-10. Mai 2015 und dem 70. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki im August 2015 teilzunehmen.

» Langfristig fordern wir die Bearbeitung sämtlicher Konflikte unter Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Beteiligten mit dem Ziel eines fairen Interessenausgleichs. Militärbündnisse wie die NATO können einen solchen gewaltfreien und fairen Interessenausgleich nicht leisten, sondern stehen ihm im Wege. Deshalb fordern wir ihre Auflösung.

Was tut die IPPNW?

Ein zentrales Ziel der IPPNW ist es, die Politik atomarer Aufrüstung und die aktuelle Gefährdung bestehender Rüstungskontrollverträge öffentlich zu machen und eine breite Öffentlichkeit gegen die daraus resultierenden Gefahren zu mobilisieren. Hierzu beteiligen wir uns an den Protesten am deutschen Atomwaffenstandort Büchel und sind Teil der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN. Wir unterstützen alle diplomatischen Bemühungen zur Deeskalation der neuen Ost-West-Konfrontation und für eine Ächtung von Massenvernichtungswaffen. Mit dem Ziel der Formulierung realistischer friedenspolitischer Einschätzungen befasst sich die deutsche IPPNW mit den Hintergründen

und Ursachen des Konfliktes auf den verschiedenen Ebenen. Als deutsche Friedensorganisation liegt unser Hauptaugenmerk auf den Möglichkeiten des Westens, zu einer Deeskalation beizutragen.

Mit internationalen Kampagnen wie der Social-Media-Kampagne „We refuse to be enemies“ setzen wir öffentlich sichtbare Zeichen und geben der friedliebenden Bevölkerungsmehrheit eine Stimme.

Die vollständige IPPNW-Vorstandserklärung zur Ukraine mit Quellenangaben finden Sie unter kurzlink.de/IPPNW-Ukraine

Social-Media-Kampagne: „We refuse to be enemies“

Die IPPNW ist besorgt über die Krise zwischen NATO und Russland und über den Krieg in der Ukraine. Wir wollen keinen erneuten Ost-West Konflikt. Wir weigern uns, Feinde zu sein. Aus diesem Gedanken heraus entstand die Idee für die Social-Media-Kampagne „We refuse to be enemies“. Diese Kampagne lebt davon, dass viele mitmachen.

Was jeder und jede tun kann:

» Mach ein Foto von Dir mit dem Schild „We refuse to be enemies“ (zu finden unter <http://tiny.cc/nowar>) und schick es an ratke@ippnw.de. Wir laden es dann auf Facebook und Twitter hoch. Sei Dir bewusst, dass das Bild von aller Welt gesehen werden kann.

» Informiere Freunde und Kollegen über diese Kampagne, vor allem Leute, die als MultiplikatorInnen fungieren könnten. Bitte sie, sich an der Kampagne zu beteiligen und empfehl ihnen die Seite [facebook.com/werefusetobeenemies](https://www.facebook.com/werefusetobeenemies).

» Nimm ein kurzes (< 1 Minute) Video von Dir mit dem Schild auf und schick es an ratke@ippnw.de. Auch das Video würden wir auf Facebook und Twitter hochladen, wenn Du damit einverstanden bist.

» Was Du tun kannst, wenn Du bei Facebook bist:

» Lade das Foto von Dir mit dem Schild auf deine Pinnwand und mach es zu Deinem Profilbild. Füge Deinen Ort hinzu und, wenn Du willst, einen kurzen Text.

» Lade Dein Foto auch auf die Kampagnenseite www.facebook.com/werefusetobeenemies hoch, „like“ die Seite und teile sie mit anderen, damit wir möglichst viele Menschen erreichen.

» Lade Dein Foto auch auf die Pinnwände von FreundInnen oder KollegInnen, vor allem solche, die als MultiplikatorInnen in Frage kommen oder die in anderen Ländern leben.

» Wenn Du siehst, dass andere Leute Fotos mit dem Schild hochladen, „like“ sie und teile die Fotos mit anderen, um mehr Menschen zu motivieren, das auch zu tun.

» Was Du tun kannst, wenn Du bei Twitter bist:

» Tweete Dein Foto und füge Deinen Ort und eine kurze Botschaft hinzu, z.B.: „We don't want a new conflict between #NATO and #Russia over #Ukraine. #Peace must prevail. We #refusetobeenemies: [facebook.com/werefusetobeenemies](https://www.facebook.com/werefusetobeenemies)“

» Tweete Dein Foto an potentielle MultiplikatorInnen – Menschen mit vielen Followern, SchauspielerInnen, PolitikerInnen, MusikerInnen oder anderen Promis.

» Wenn Du siehst, dass andere Leute mit dem Hashtag #refusetobeenemies tweeten, retweete diese Beiträge, damit mehr Leute sie sehen.

[facebook.com/werefusetobeenemies](https://www.facebook.com/werefusetobeenemies)



DIE BÜRGERMEISTER VON WLADIMIR, JENA UND ERLANGEN BETEILIGEN SICH AN DER KAMPAGNE.

Мы отказываемся быть врагами.
We refuse to be enemies.
Ми відмовляємося бути ворогами.
#refusetobeenemies

IMPRESSUM

1. Auflage 2015
Eine Information der
IPPNW – Internationale
Ärzte für die Verhütung des
Atomkrieges, Ärzte in sozialer
Verantwortung e.V.
Redaktion: Susanne
Grabenhorst, Helmut Lohrer
Alex Rosen, Jens-P. Steffen
Bilder:
Oleksandr Maksymenko, Matt
Shalvatis, Creative Commons

Layout: Angelika Wilmen
IPPNW Geschäftsstelle,
Körtestraße 10, 10967 Berlin
Tel 030 / 69 80 74 0
Fax 030 / 693 81 66
Mail: ippnw@ippnw.de
www.ippnw.de

